

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom: 27. Mai 2017

GASTKOMMENTAR

Kennedys Friedensstrategie: Der Beginn der Ostpolitik

Das tragische Ende der „1000 Tage“ John F. Kennedys lässt den Mythos „JFK“ bis heute erstrahlen. Seine Präsidentschaft wird jedoch heute kritischer beurteilt. Historiker setzen Kennedy, der am Montag seinen 100. Geburtstag feiern würde, im Vergleich der 44 US-Präsidenten auf den schlechten 35. Rang. Die Verehrung, die Kennedy in Deutschland bis heute aufgrund seines Berlinbesuchs widerfährt, überascht. Denn wie der Historiker Christof Münger treffend festgehalten hat: Kennedy war kein Berliner, er war ein West-Berliner. Für den Mauerbau im August 1961 trägt er, wie wir heute wissen, zumindest eine Mitverantwortung.

Die Aufbruchsstimmung bei Amtsantritt war schnell Ernüchterung gewichen. Die vermerkteste Invasion in der kubanischen Schweinebucht und die unverblümte Drohung von Sowjetführer Nikita Chruschtschow mit einem Atomkrieg um Berlin verschärfte den Kalten Krieg dramatisch. Im Juli 1961 verkündete Kennedy, dass eine Verletzung von drei „Essentials“ Krieg mit den USA bedeuten würde: die Besatzungsrechte der Alliierten in West-Berlin, der freie Zugang nach West-Berlin und die Freiheit der West-Berliner.

Mit dem engeren Fokus auf West-Berlin signalisierte Kennedy Chruschtschow indirekt, dass er in Ost-Berlin machen könne, was er wolle. Weil die drei „Essentials“ nicht verletzt wurden, tolerierte Kennedy die Mauer. Sie stabilisierte die Lage an der Frontlinie des Kalten Krieges. „Eine Mauer ist verdammt viel besser als ein Krieg“, soll Kennedy damals gesagt haben. Die Freiheit der Ost-Berliner war kein Kriegsgrund.

Nach der Kubakrise von 1962 schwenkte Kennedy definitiv von einem Konfrontations- auf einen Entspannungskurs mit Moskau um. Am 10. Juni 1963 verkünde-

CHRISTIAN NÜNLIST

geht unter anderem der Frage nach, was passiert wäre, wenn John F. Kennedy nicht ermordet worden wäre.



Der Autor (44) ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich. Der Historiker ist Autor von u.a. „Die westliche Allianz und Chruschtschows Außenpolitik“ (2013).

te er seine „Strategie des Friedens“. Statt Gegner zu sein, sollten Amerikaner und Russen das Gemeinsame sehen. In Berlin nahm Willy Brandt die Aufforderung, den Kalten Krieg zu entschärfen, dankbar auf. Im Juli 1963 prägte Egon Bahr den Begriff vom „Wandel durch Annäherung“. Kennedys Einsatz für ein internationales Tauwetter war politisch mutig. Der Kalte Krieg war damals in den Köpfen tief verankert – doch Kennedy machte 1963 den ersten Schritt für eine Ostpolitik.

Sein Berlin-Besuch vom 26. Juni 1963 fiel genau in diese Zeit. Sichtlich bewegt vom Anblick der Mauer wich er jedoch in einer improvisierten Rede vom vorbereiteten Manuskript ab. Er bezeichnete die Mauer als „abscheulichste und stärkste Demonstration für das Versagen des kommunistischen Systems“. Kennedys Absage an eine Zusammenarbeit mit Kommunisten widersprach dem Geist der Entspannungspolitik, den er eben erst beschworen hatte.

Einen Monat später gelang es Kennedy, mit Moskau einen Atomtestbann auszuhandeln. Das damit beginnende Tauwetter im Kalten Krieg endete jedoch mit Kennedys Ermordung im November 1963. Seither beschäftigt die Frage die Gemüter: Was wäre passiert, wäre Kennedy nicht ermordet worden?

In den USA konzentrieren sich derartige Spekulationen auf den Vietnamkrieg. Wäre der Krieg unter Kennedy womöglich anders verlaufen? Kennedy wehrte sich jedenfalls im Herbst 1961 eindrücklich gegen den Druck seiner Berater, bereits damals 8000 US-Kampftrouppen nach Vietnam zu entsenden. Kennedy lehnte die Forderung strikt ab und hielt in Seattle eine bemerkenswerte, kaum bekannte außenpolitische Grundsatzrede. Darin anerkannte er: „Die USA sind weder allmächtig noch allwissend. Amerika macht nur sechs Prozent der Weltbevölkerung aus, und wir können unseren Willen nicht den anderen 94 Prozent aufzwingen, und deshalb kann es nicht für jedes Problem auf dieser Welt eine amerikanische Lösung geben.“ Der globale Aktivismus seiner Inaugurationsrede („Wir zahlen jeden Preis ... und treten jedem Feind entgegen, um den Sieg der Freiheit zu sichern“) war einem neuen Realismus gewichen.

Reden wie diese lassen einen kleinen Hoffnungsschimmer offen, dass Kennedy im eskalierenden Vietnamkrieg anders agiert und entschieden hätte als Lyndon Johnson – und dass vielleicht auch ein schnellerer Weg zwischen seiner Friedensrede von 1963 und dem Durchbruch der Entspannungspolitik in Helsinki 1975 möglich gewesen wäre.